

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 23 | 10.06.2016

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 34/2016 \(Anlage\)](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Bundesfinanzrahmengesetz 2017 bis 2020** erlassen wird sowie das **Bundshaushaltsgesetz 2013**, das **Bundesfinanzrahmengesetz 2016 bis 2019**, und das **Bundesfinanzgesetz 2016** geändert werden (Fixierung der Auszahlungsseite des Bundshaushalts; Einfügung einer variablen Gebarung zur Sicherstellung der rechtzeitigen budgetären Vorsorge für eine allfällige Brückenfinanzierung an den Einheitlichen Abwicklungsfonds; zusätzliche Überschreitungsermächtigungen von knapp einer Milliarde Euro aufgrund der geänderten Sicherheitslage; Ermächtigungen im Zusammenhang mit der Arbeitsmarktlage und den Zinszahlungen des Bundes)

[BGBl I 35/2016](#)

Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über die Vergleichbarkeit von Entgelten für Verbraucherzahlungskonten, den Wechsel von Verbraucherzahlungskonten und den Zugang zu Verbraucherzahlungskonten mit grundlegenden Funktionen (**Verbraucherzahlungskontogesetz – VZKG**) erlassen wird und das **Konsumentenschutzgesetz** und das **Finanzmarktaufsichtsbehördengesetz** geändert werden (Festlegung vorvertraglicher und vertraglicher Entgeltinformationen, die Zahlungsdienstleister einem Verbraucher über die für Zahlungskonten in Rechnung gestellten Entgelte erteilen müssen; Website zum Vergleich von Kontoentgelten; Erleichterung des Kontowechsels; bundesweites Angebot von Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen; Information bei bestimmten Kontoüberschreitungen)

[BGBl I 36/2016](#)

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über österreichische Beiträge an internationale Finanzinstitutionen (**IFI-Beitragsgesetz 2014**) geändert wird (Unterstützung der Menschen in Entwicklungsländern; Überwachung der Leistung der österreichischen Beiträge an internationale Finanzinstitutionen)

[BGBl I 37/2016](#)

Bundesgesetz, mit dem eine **Ermächtigung zur Verfügung über Bundesvermögen** erteilt wird (gesetzliche Ermächtigung zur Unterstützung der Republik Mazedonien bei der Durchführung der Grenzüberwachung durch Überlassung von 15 Stück Nachtsichtferngläsern)

[BGBl I 38/2016](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Bundesstraßen-Mautgesetz 2002** und das **ASFINAG-Gesetz** geändert werden (Einbeziehung der Kosten der verkehrsbedingten Luftverschmutzung und Lärmbelastung in die Berechnung der fahrleistungsabhängigen Mauttarife; Überweisung der von der ASFINAG erzielten Mehreinnahmen aus der Anlastung externer Kosten an den Bund zur

Verwendung für die nachhaltige Gestaltung des Verkehrs; Ausdehnung der geltenden Frist zur Einhebung einer vorläufigen Sicherheit aus Anlass der Kontrolle der Lenker; Benützung von Sondermautstrecken ohne ordnungsgemäße Entrichtung des geschuldeten Entgelts mit Pkw und Motorrädern wird zur Verwaltungsübertretung erklärt)

[BGBl I 39/2016](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Rechtspraktikantengesetz**, das **Richter- und Staatsanwaltschaftsdienstgesetz**, das **Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979**, die **Rechtsanwaltsordnung**, das **Rechtsanwaltsprüfungsgesetz** und die **Notariatsordnung** geändert werden (Anhebung der Mindestdauer der Gerichtspraxis von derzeit fünf Monaten auf künftig sieben Monate und maßvolle Anhebung des Ausbildungsbeitrags; Vornahme gewisser organisatorischer Adaptierungen)

[BGBl I 40/2016](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Kraftfahrzeuggesetz 1967** geändert wird (32. KFG-Novelle) (Schaffung einer Deckungsevidenz als Clearingstellen hinsichtlich der Versicherungsbestätigungen und Nichthaftungsanzeigen; Ausweitung des Handyverbots; ausdrückliches Verbot der Veränderung des Kilometerstands)

[BGBl I 41/2016](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Bundes-Verfassungsgesetz**, das **Geschäftsordnungsgesetz 1975**, das **Verfassungsgerichtshofgesetz 1953**, die **Nationalrats-Wahlordnung 1992** und die **Europawahlordnung** geändert werden (Angleichung der Regeln zur Wählbarkeit und damit zum Amtsverlust an die für Bundesbedienstete geltenden Regeln; Ausdehnung der Rechtsfolge des Mandats- bzw. Amtsverlusts bei Wegfall der Wählbarkeit auf alle obersten Organe der Vollziehung; Regelungen hinsichtlich der Wählbarkeit auf Bundesebene als Mindeststandards auch für die Mitglieder der Landtage und damit auch für die Mitglieder des Bundesrats; Schaffung eines „Amtsaberkennungsverfahrens“ bei Wegfall der Wählbarkeit für die obersten Organe der Vollziehung auf Landesebene; Erweiterung der Staatsgerichtsbarkeit gem Art 142 B-VG)

[BGBl II 133/2016 \(Anlage A, Anlage C, Anlage D, Anlage G\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Inneres, mit der die **Asylgesetz-Durchführungsverordnung 2005** geändert wird

[BGBl II 135/2016 \(Anlage I, Anlage II\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen über Leistungsangebote 2016 nach dem Transparenzdatenbankgesetz 2012 (**Transparenzdatenbank-Leistungsangebotsverordnung 2016**)

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 149 v 07.06.2016, 1](#)

Beschluss (EU) 2016/888 des Rates vom 6. Juni 2016 zur Änderung der Verordnung (EU) 2015/323 über die **Finanzregelung für den 11. Europäischen Entwicklungsfonds** hinsichtlich der **Zahlung der Tranchen**

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

Keine Entscheidungen im Berichtszeitraum.

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

VwGH 06.04.2016, [Fr 2015/03/0011](#)

B-VG; VwGVG; die belangte Behörde hat als Partei des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens nach § 18 VwGVG einen Anspruch darauf, die **Entscheidungspflicht iSd Art 133 Abs 7 B-VG** im Wege eines **Fristsetzungsantrags** beim VwGH geltend zu machen; angesichts der sich aus ihrer Legitimation zur Erhebung einer Amtsrevision abzuleitenden Rechtsposition stehen der **belangten Behörde** die prozessualen Mittel gegen die Verletzung der Entscheidungspflicht offen, wie dies auch für andere Parteien des Verfahrens vor dem VwGH der Fall ist

VwGH 27.04.2016, [2013/05/0224](#)

NÖ Raumordnungsg; NÖ BauO; Antrag auf Erteilung einer nachträglichen Baubewilligung für die Errichtung einer Gartenhütte auf einem im Flächenwidmungsplan als „Grünland – Landwirtschaft“ ausgewiesenen Grundstück; die Auffassung der belangten Behörde, dass die vom Bf vorgelegten Unterlagen nicht auf eine nachhaltige Bewirtschaftung schließen ließen, welche die **Annahme eines zumindest landwirtschaftlichen Nebenerwerbes** rechtfertige, sondern vielmehr darauf, dass der Bf die Gartenhütte eher (nur) zur Erholungszwecken nutzen wolle, begegnet im Rahmen der dem VwGH zukommenden Kontrollbefugnis keinen Bedenken

VwGH 27.04.2016, [Ra 2015/05/0069](#)

VwGVG; nach ständiger Rsp des VwGH haben VwG ihre Entscheidung an der zum Zeitpunkt der Entscheidung gegebenen Sach- und Rechtslage auszurichten; als „**Zeitpunkt der Entscheidung**“ ist bei einer schriftlichen Entscheidung eines Einzelrichters der Zeitpunkt der Zustellung heranzuziehen; bei der Prüfung des ggst angefochtenen, von einem Einzelrichter gefassten Beschlusses war somit auf die **Rechtslage im Zeitpunkt der Zustellung** dieses Beschlusses abzustellen

VwGH 27.04.2016, [Ro 2014/05/0040](#)

NÖ Raumordnungsg; NÖ BauO; baubehördlicher Auftrag zum Abbruch eines konsenslos errichteten Gebäudes; keine Bedenken gegen die Beurteilung der belangten Behörde, dass die Bewirtschaftung des ggst Grundstücks nicht **den Umfang eines zumindest landwirtschaftlichen Nebenbetriebs** erreiche und als bloßes Hobby zu beurteilen sei; auf die Frage des Ortsbild- und Landschaftsschutzes kommt es bei der Beurteilung dieser Frage nicht an

C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG Stmk 02.05.2016, [LVwG 30.30-1009/2016](#)

Güterbeförderungsg; dem Wortlaut des § 17 Abs 1 und 2 Güterbeförderungsg, wonach während der **Beförderung** ein **Begleitpapier** oder ein sonstiger Nachweis mitzuführen ist, kann nicht entnommen werden, dass der sonstige Nachweis lediglich in Papierform und nicht auch in elektronischer Form zulässig ist; es wird dieser Bestimmung sohin auch dann entsprochen, wenn der Lenker ein PC-Tablet in Form eines **vollständigen elektronischen Lieferscheins** mitführt und den Aufsichtsorganen aushändigt

LVwG Tirol 04.05.2016, [LVwG-2015/17/3155-8](#)

Wasserrechtsg; StGB; keine Verletzung des **Doppelbestrafungsverbots** durch das ggst Straferkenntnis; die Strafbarkeit nach §§ 180 und 181 StGB erfordert im Gegensatz zu § 137 Abs 1 Z 15 Wasserrechtsg nicht bloß die Verletzung einer Rechtsvorschrift, sondern die Beeinträchtigung eines Umweltmediums und die potentielle Gefährdung iSd § 180 Abs 1 Z 1 bis 4 StGB; der **Unrechts- und Schuldgehalt des § 137 Abs 1 Z 15 Wasserrechtsg** ist daher in seinem wesentlichen Aspekt durch den Unrechts- und Schuldgehalt der §§ 180 und 181 StGB nicht umfasst

LVwG Wien 08.03.2016, [VGW-111/026/9848/2015](#)

ZiviltechnikerG; der in § 4 Abs 1 ZiviltechnikerG verwendete **Behördenbegriff kann nur iSv Verwaltungsbehörde** verstanden werden; die Berufung eines Ziviltechnikers auf die ihm erteilte Vollmacht (§ 10 Abs 1 AVG) ist daher in einem Verfahren vor den VwG nicht ausreichend, weil es sich bei den VwG gem Art 129 B-VG um Gerichte und nicht um Behörden handelt

LVwG Wien 10.05.2016, [VGW-031/059/12870/2015/A](#)

FahrradVO; Verwendung eines **Fixi-Fahrrads im Straßenverkehr**; gem § 1 Abs 1 FahrradVO muss jedes Fahrrad, das in Verkehr gebracht wird, mit zwei voneinander unabhängig wirkenden Bremsvorrichtungen ausgerüstet sein; auch der zur Abbremsung benutzte starre Gang stellt eine **Bremsvorrichtung** iSd § 1 Abs 1 leg cit dar, da damit ohne weiteres eine hinreichende Bremsleistung erzielt werden kann

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[07.06.2016, Rs C-47/15, Affum](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Richtlinie 2008/115/EG – **Gemeinsame Normen und Verfahren** im Bereich der **Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger** – Polizeigewahrsam – Nationale Regelung, die im Fall der illegalen Einreise eine Freiheitsstrafe vorsieht – ‚Durchreise‘ – **Mehrseitige Rückübernahmevereinbarung**

[07.06.2016, Rs C-63/15, Ghezelbash](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EU) Nr 604/2013 – Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen in einem Mitgliedstaat gestellten Asylantrags zuständig ist – Art 12 – **Ausstellung von Aufenthaltstiteln oder Visa** – Art 27 – Rechtsmittel – **Umfang der gerichtlichen Kontrolle**

[07.06.2016, Rs C-155/15, Karim](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EU) Nr 604/2013 – Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen in einem Mitgliedstaat gestellten Asylantrags zuständig ist – Art 18 – **Wiederaufnahme eines Asylbewerbers während der Prüfung seines Antrags** – Art 19 – Erlöschen der Zuständigkeit – Verlassen des Hoheitsgebiets der Mitgliedstaaten für mindestens drei Monate – **Neues Verfahren zur Bestimmung des zuständigen Mitgliedstaats** – Art 27 – Rechtsmittel – Umfang der gerichtlichen Kontrolle

[06.06.2016, Rs C-479/14, Hünnebeck](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Freier Kapitalverkehr** – Art 63 AEUV und 65 AEUV – **Schenkungsteuer** – Schenkung einer im Inland belegenen Immobilie – **Nationale Regelung**, die für **Gebietsansässige** einen **höheren Steuerfreibetrag** vorsieht als für **Gebietsfremde** – Bestehen einer optionalen Regelung, die es jeder in einem Mitgliedstaat der Union ansässigen Person erlaubt, den höheren Freibetrag in Anspruch zu nehmen

[09.06.2016, Rs C-608/13 P, CEPSA / Kommission](#)

Rechtsmittel – Kartelle – (ex-)Art 81 EG – **Spanischer Straßenbaubitumenmarkt** – **Marktaufteilung und Preisabsprache** – Überlange Dauer des Verfahrens vor dem Gericht der Europäischen Union – Überlange Dauer des Verfahrens vor der Europäischen Kommission – Rechtsmittel gegen die Kostenentscheidung

[09.06.2016, Rs C-616/13 P, PROAS / Kommission](#)

Rechtsmittel – Kartelle – (ex-)Art 81 EG – **Spanischer Straßenbaubitumenmarkt** – **Marktaufteilung und Preisabsprache** – Überlange Dauer des Verfahrens vor dem Gericht der Europäischen Union – Überlange Dauer des Verfahrens vor der Europäischen Kommission – Rechtsmittel gegen die Kostenentscheidung

[09.06.2016, Rs C-617/13 P, Repsol Lubricantes y Especialidades ua / Kommission](#)

Rechtsmittel – (ex-)Art 81 EG – Kartelle – **Spanischer Straßenbaubitumenmarkt** – **Marktaufteilung und Preisabsprache** – Mitteilung über den Erlass und die Ermäßigung von Geldbußen in Kartellsachen (2002) – Rn 23 Buchst b letzter Absatz – **Teilweiser Erlass der Geldbuße** – **Beweismittel für Tatsachen**, von denen die **Kommission zuvor keine Kenntnis** hatte

[09.06.2016, Rs C-287/14, Eurospeed](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Straßenverkehr – Verordnung (EG) Nr 561/2006 – **Haftung des Fahrers für Verstöße gegen die Pflicht zur Nutzung eines Fahrtenschreibers**

[09.06.2016, Rs C-332/14, Wolfgang und Dr Wilfried Rey Grundstücksgemeinschaft GbR](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerrecht – Mehrwertsteuer – Richtlinie 77/388/EWG – Art 17 Abs 5 Unterabs 3 – Geltungsbereich – Vorsteuerabzug – **Gegenstände und Dienstleistungen, die sowohl für steuerbare als auch für steuerbefreite Umsätze verwendet werden (gemischt genutzte Gegenstände und Dienstleistungen)** – Bestimmung der Zuordnung von Gegenständen und Dienstleistungen, die für die Errichtung, Nutzung, Erhaltung und Unterhaltung eines Gebäudes erworben wurden, mit dem zum Teil Umsätze ausgeführt werden, für die ein Recht auf Vorsteuerabzug besteht, und zum Teil Umsätze, für die dieses Recht nicht besteht – **Änderung der nationalen Regelung über die Modalitäten der Berechnung des Pro-rata-Satzes des Vorsteuerabzugs** – Art 20 – Berichtigung der Vorsteuerabzüge – Rechtssicherheit – **Vertrauensschutz**

[09.06.2016, Rs C-470/14, EGEDA ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Geistiges und gewerbliches Eigentum – Urheberrecht und verwandte Schutzrechte – Richtlinie 2001/29/EG – Art 5 Abs 2 Buchst b – **Vielfältigkeitsrecht – Ausnahmen und Beschränkungen – Privatkopie** – Gerechter Ausgleich – **Finanzierung zulasten des allgemeinen Staatshaushalts** – Zulässigkeit – Voraussetzungen

[09.06.2016, Rs C-481/14, Hansson](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Geistiges und gewerbliches Eigentum – **Gemeinschaftlicher Sortenschutz** – Verordnung (EG) Nr 2100/94 – Verletzung – **Angemessene Vergütung – Ersatz** des entstandenen **Schadens** – Prozesskosten und außergerichtliche Kosten

[09.06.2016, Rs C-586/14, Budişan](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Inländische Abgaben – Art 110 AEUV – Von einem Mitgliedstaat **auf Kraftfahrzeuge bei der erstmaligen Zulassung** oder der **erstmaligen Umschreibung des Eigentums erhobene Abgabe** – **Abgabenneutralität** zwischen aus anderen Mitgliedstaaten stammenden Gebrauchtfahrzeugen und gleichartigen auf dem nationalen Markt verfügbaren Kraftfahrzeugen

[09.06.2016, Rs C-25/15, Balogh](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – **Recht auf Dolmetschleistungen** – Richtlinie 2010/64/EU – Anwendungsbereich – **Begriff ‚Strafverfahren‘** – In einem Mitgliedstaat vorgesehenes Verfahren zur Anerkennung einer Entscheidung eines Gerichts eines anderen Mitgliedstaats in Strafsachen und zur Eintragung einer von diesem Gericht ausgesprochenen Verurteilung in das Strafregister – **Kosten der Übersetzung dieser Entscheidung** – Rahmenbeschluss 2009/315/JI – Beschluss 2009/316/JI

[09.06.2016, Rs C-69/15, Nutrivet](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Umwelt – Abfälle** – Verbringung – Verordnung (EG) Nr 1013/2006 – Art 2 Nr 35 Buchst g Ziff iii – **Illegale Verbringung** – Falsche oder inkohärente Angaben in dem Dokument nach Anhang VII dieser Verordnung – Art 50 Abs 1 – Bei einem Verstoß gegen diese Verordnung zu verhängende Sanktionen – Verhältnismäßigkeit

[09.06.2016, Rs C-158/15 Elektriciteits Produktiemaatschappij Zuid-Nederland](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Luftverschmutzung** – System für den **Handel mit Emissionszertifikaten für Treibhausgase** – Richtlinie 2003/87/EG – Begriff ‚Anlage‘ – Einbeziehung des Brennstofflagers – Verordnung (EU) Nr 601/2012 – **Begriff ‚Brennstoff, der die Anlage verlassen hat‘**

[09.06.2016, Rs C-288/15, MIS](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EWG) Nr 2658/87 – **Gemeinsamer Zolltarif** – Zolltarifliche Einreihung – Unterposition 6211 3310 00 0 – **Strahlenschutz-Mantelschürzen**

[09.06.2016, verb Rs C-333/15 und C-334/15, Planes Bresco](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gemeinsame Agrarpolitik** – Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem für bestimmte Beihilferegeln – Verordnung (EG) Nr 1782/2003 – **Betriebsprämienregelung** – Art 43 und 44 – **Flächenbezogene Zahlungsansprüche** – **Beihilfefähige Flächen** – **Dauergrünland** – Nationale Regelung, nach der die Beihilfefähigkeit von Dauergrünlandflächen, die die zur Feststellung der Zahlungsansprüche ursprünglich herangezogenen Futterflächen überschreiten, von ihrer Verwendung für die Viehzucht des landwirtschaftlichen Betriebs abhängt

B. SCHLUSSANTRÄGE

[07.06.2016, verb Rs C-14/15 und C-116/15, Parlament / Rat \(GA Wahl\)](#)

Nichtigkeitsklage – Rechtsgrundlage – **Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen** – Beschlüsse 2014/731/EU, 2014/743/EU, 2014/744/EU und 2014/911/EU – Automatisierter Informationsaustausch – **Fahrzeugregisterdaten** – Daktyloskopische Daten – Beschlussfassungsverfahren – Wirkung des Inkrafttretens des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union – Übergangsbestimmungen – Art 9 des Protokolls Nr 36 – **Begriffe ‚Basisrechtsakte‘ und ‚Durchführungsmaßnahmen‘** – Abgeleitete Rechtsgrundlage – Anhörung des Parlaments – **Initiative eines Mitgliedstaats oder der Kommission** – Abstimmungsregeln

[09.06.2016, Rs C-201/15, AGET Iraklis \(GA Wahl\)](#)

Massenentlassungen – Richtlinie 98/59/EG – Art 2 bis 5 – Art 49 und 63 AEUV – Erfordernis einer von der zuständigen Verwaltungsbehörde erteilten vorherigen Genehmigung eines Antrags auf Vornahme von Massenentlassungen – **Prüfung der Anträge anhand wirtschaftlicher Kriterien** – Verhältnismäßigkeit

[09.06.2016, Rs C-212/15, ENEFI \(GA Bobek\)](#)

Insolvenzverfahren – **Wirkungen des Rechts des Staats der Verfahrenseröffnung auf eine Steuerforderung**, die im Insolvenzverfahren nicht angemeldet worden war und die in einem **anderen Mitgliedstaat vollstreckt** werden soll

C. GERICHT

[09.06.2016, Rs T-162/13, Magic Mountain Kletterhallen ua / Kommission](#)

Staatliche Beihilfen – **Beihilfen für die Errichtung und den Betrieb von Kletterzentren des Deutschen Alpenvereins eV** – Beschluss, mit dem die Beihilfen für mit dem Binnenmarkt vereinbar erklärt werden – Beihilferegeln – Verfeinerte wirtschaftliche Betrachtungsweise – **Marktversagen** – **Legitimes Ziel des Allgemeininteresses** – Art 108 Abs 2 und 3 AEUV – **Ernsthafte Schwierigkeiten**

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

[09.06.2016, Beschwerde Nr. 41939/07, Pilav / Bosnien und Herzegowina](#)

Verletzung von Art 1 12. ZP EMRK (Allgemeines Diskriminierungsverbot); **fehlende** gesetzliche **Möglichkeit** für den in der Entität Republik Srpska lebenden Bf, für das **Präsidentenamt** zu **kandidieren**; als Angehöriger eines „konstituierenden Volkes“ hätte er zwar das Recht, an Wahlen teilzunehmen, müsste seinen Hauptwohnsitz jedoch in die andere Entität Föderation Bosnien und Herzegowina verlegen, um das Wahlrecht effektiv ausüben zu können; **konventionswidrige Diskriminierung** aus Gründen der ethnischen Herkunft und des Wohnorts

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth; Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sebastian Mauernböck, Wiss.-Mit. Mag. Sarah Heiml; Mag. Matthäus Schmied;

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.